

Antragsteller_innen:
Landesvorstand

Antrag:
Gutes Klima

K1

Gutes Klima für Mecklenburg-Vorpommern

Wirbelstürme, Hitzewellen, sintflutartige Regenfälle und Hochwasser: selbst in Mecklenburg-Vorpommern haben in den letzten Jahren Wetterextreme drastisch zugenommen. Sie sind Ausdruck der Globalen Klimakrise. Die Menschen im Globalen Süden sind davon unweit stärker betroffen, obwohl wir im Globalen Norden eine erhebliche Verantwortung für diese Situation haben: 80% des weltweiten CO₂ werden hier ausgestoßen. Deutschland sah sich als Vorreiter im Klimaschutz. Inzwischen macht die Regierung in Berlin eine Rolle rückwärts. Die selbstgesteckten Klimaschutzziele sind inzwischen weit entfernt: 2020 sollten die CO₂-Emissionen um 40% (gegenüber 1990) gesenkt werden. Statt beim Kohleausstieg ernst zu machen, werden Subventionen auf längst abgeschriebene Meiler beschlossen.

Angesichts der Dramatik der Klimaveränderung kann aber nur eine klimaneutrale Welt, und damit ein klimaneutrales Mecklenburg-Vorpommern, unser Ziel sein. Energie, Wärme, Verkehr und Landwirtschaft – in diesen Bereichen haben wir politisch und gesellschaftlich die Möglichkeiten kleine und große Veränderungen hin zu einem klimaneutralen Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen. (Dabei ist es Aufgabe der Politik und der politisch handelnden Personen mit guten Beispielen voran zu gehen.) Das deutsche Vorzeigeprojekt der Energiewende ist unter Merkel ins Stocken geraten. Der gebremste Netzausbau ist de facto Bestandsschutz für Braun- und Steinkohle und ein Hemmnis für eine wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns. Das ist unverantwortlich gegenüber dem Land, der Natur und Umwelt.

Energiewende ist Klimaschutz

Mehr als 80% der deutschen Treibhausgasemissionen sind energiebedingt. Klimaschutz energetisch zu denken heißt, die Bereiche Mobilität, Wärme- und Stromerzeugung gleichberechtigt zu betrachten. Überall müssen wir deutliche CO₂-Einsparungen erzielen, um aktiv Klimaschutz zu betreiben. Der effiziente und sparsame Umgang mit Energie ist entscheidend für einen gelingenden Klimaschutz. Jede eingesparte Tonne CO₂ entlastet das Klima und schont Natur und Umwelt. Im Wärmebereich braucht Mecklenburg-Vorpommern innovative Konzepte, die Nah- und Fernwärme realistisch und effizient neu planen. Gerade im ländlichen Raum können erneuerbare Wärmekonzepte für kleine Siedlungszusammenhänge Vorbildcharakter entwickeln. Das Potential ist enorm und sollte nicht bei energetischen Haussanierungen und baurechtlichen Auflagen stocken. Dass die Schweriner Landesregierung hier keinen Handlungsbedarf sieht, hat sie eindrucksvoll im Landesenergiekonzept bewiesen: der Wärmebereich als Handlungsfeld taucht hier faktisch nicht auf!

Ein weiterer entscheidender Schritt für die gelingende Energiewende ist die Umstellung unserer Energieversorgung von fossilen Rohstoffen (Kohle, Atom, Erdöl und Erdgas) hin zu regenerativen Energiequellen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen geht davon aus, dass ca. 95% der

41 heute bekannten fossilen Ressourcen nicht verbrannt werden dürfen, wenn wir das 2-Grad-Ziel
42 erreichen wollen.

43
44 Allein die Stromerzeugung ist für 40% der energiebedingten Treibhausgasemissionen
45 verantwortlich. Der sozialverträgliche Ausstieg aus der Kohle- und Atomenergie ist dafür
46 unabdingbar. Besonders die Braunkohlekraftwerke sind wahre Dreckschleudern und europaweit
47 die größten Quellen des giftigen Schwermetalls Quecksilber. Umweltschädliche Emissionen,
48 insbesondere der CO₂-Ausstoß müssen einen angemessenen Preis erhalten, der die externen
49 Kosten berücksichtigt und klimapolitisch Wirkung entfaltet. Die Stromkonzerne dürfen ihre
50 Risiken und Auswirkungen auf die Umwelt nicht länger der Allgemeinheit aufbürden.
51 Bei den erneuerbaren Energiequellen setzen wir in M-V hauptsächlich auf Wind, Solar und
52 Biomasse. Als erstes Bundesland schaffen wir es mehr Ökostrom zu produzieren, als wir selbst
53 verbrauchen. Die Windkraft spielt dabei eine wichtige Rolle mit 1742 Anlagen bei einer
54 installierten Leistung von 2,7 GW. Sollte M-V, gemessen an seiner Landesgröße, 6,5% des
55 bundesdeutschen Stroms aus 100% Erneuerbaren erzeugen, müssten in einem sinnvollen
56 Szenario die installierte Leistung verdoppelt werden. Mit effizienteren Anlagen können dies
57 insgesamt 2200 Anlagen erreichen, der gesamte Ausbaukorridor ist absehbar. Mit den
58 Abstandsregeln, wie sie die Mehrheit der regionalen Planungsverbände anwenden, kann ein
59 Ausbau der Windenergie planerisch sinnvoll umgesetzt werden. Wir halten die bestehenden
60 Abstandsregelungen zu Bebauungen für sinnvoll.
61 Gleichzeitig müssen die Planungsprozesse transparenter gestaltet werden und die
62 Anwohner_innen vor Ort eingebunden und beteiligt werden. Dazu gehören auch die
63 Mitwirkungs- und Einspruchsmöglichkeiten.
64 Das für Meereswindparks absehbar nutzbare Potenzial vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns
65 beträgt maximal 4.000 – 5.000 MW. Für 100% Energie aus erneuerbaren Quellen ist die
66 Nutzung der Windressourcen des Meeres ein wichtiger Baustein, für dessen Einsatz wir
67 gemeinsam mit den anderen Küstenbundesländern die Verantwortung tragen. Entscheidend für
68 uns ist dabei ein naturverträglicher Offshore-Ausbau, der den sensiblen Lebensraum Ostsee
69 bestmöglich schützt.
70 Die Nutzung von Photovoltaik muss sich gerade für kleine Dachflächen wieder lohnen, gesichert
71 durch eine verlässliche Finanzierung durch das EEG. Die Biomasse sollte aufgrund ihrer
72 begrenzten Verfügbarkeit gezielt und effizient eingesetzt werden. Wir sprechen uns klar für die
73 naturverträgliche Nutzung im Rahmen einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft aus. Bei
74 Biogas wollen wir die direkte Einspeisung ins Erdgasnetz weiter vorantreiben.

75
76 Eine Senkung des Verbrauchs, die effizientere Nutzung von Energie und ein Ausbau der
77 Erneuerbaren sind der Dreiklang der Energiewende. Getragen wird diese auch von privatem
78 Engagement, beispielsweise in Energieeffizienzgenossenschaften und Energiespar-Bürgerprojekten.
79 Wo immer Menschen aktiv selber Klimaschutz betreiben, sollen sie in ihrem Handeln unterstützt
80 und gestärkt werden.

81
82 Um die Energiewende voranzutreiben und damit ernsthafte Klimaschutzpolitik zu betreiben
83 fordern wir Bündnisgrüne:

- 84
85 - Eine integrierte Klimaschutz- und Energiepolitik für Mecklenburg-Vorpommern mit
86 verbindliche Klimaschutzziele und Teilzielen, einer regelmäßigen Berichterstattung über
87 die Erreichung der Teilziele und die Schaffung von verbindlichen Anpassungsmechanismen
88 bei Nichterreichung der Ziele.
- 89 - Eine Landesenergie- und Landesklimaschutzagentur. Mecklenburg-Vorpommern ist das
90 einzige Bundesland ohne dieses Steuerungsinstrument zur Umsetzung der Energiewende
91 auf regionaler und kommunaler Ebene.

- Ein verbindliches Konzept zur Schaffung einer klimaneutralen Landesverwaltung, eine nachhaltige Beschaffungsstrategie und die Nutzung erneuerbarer Energien zur Strom und Wärmeerzeugung in Landesliegenschaften.
- Intelligente Vernetzungen der Gas-, Strom- und Wärmenetze bieten große Chancen für eine verstärkte Nutzung der Ausgleichsmöglichkeiten untereinander. Der Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen leistet einen wichtigen Beitrag zur Energiewende und damit zum Klimaschutz.

Nachhaltige Mobilität ist Klimaschutz und gesellschaftlicher Gewinn

Der Verkehrssektor ist in Deutschland für 25% der CO₂-Emissionen verantwortlich, 75% davon werden wiederum durch den Straßenverkehr verursacht. Trotz der effizienteren Technik gab es hier seit 1990 keine Reduktion, da gleichzeitig der Verkehr zunahm und die PKWs größer wurden. Eine Verringerung des Autoverkehrs ist damit ein großer Beitrag zum Klimaschutz. Es ist uns sehr wohl bewusst, dass gerade im ländlichen Raum aktuell kaum Möglichkeiten bestehen sich anders fortzubewegen als mit dem eigenen PKW. Mobilität ermöglicht den Menschen Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben. Möglichst kurze Wege – auch im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern – müssen das Ziel sein. Jeder Weg, der nicht zurückgelegt werden muss, ist ein Beitrag zum Klimaschutz.

Nicht jede Person hat die Möglichkeit selbst zu fahren oder sich einen Individualverkehr mit dem Auto zu organisieren; sie sind auf den ÖPNV, kombiniert mit Fuß- und Radverkehr, angewiesen. Es gibt inzwischen auch in Mecklenburg-Vorpommern innovative Konzepte und Ideen allen Menschen die Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Gerade vor dem Hintergrund der älter werdenden Gesellschaft ist dies eine der Hauptherausforderungen an die Landespolitik in den nächsten Jahren.

Die Landesregierung geht von sinkenden Fahrgastzahlen im ÖPNV und Bahnverkehr aus. Begründet wird dies allein mit den sinkenden Bevölkerungszahlen. Eine systematische Untersuchung zu den tatsächlichen Gründen des Nachfragerückgangs gibt es indes nicht. Es gibt keine langfristige Mobilitätsstrategie, die auf eine Angebotsverbesserung und so eine Nachfrageerhöhung abzielt. Damit Menschen aus dem Auto aus- und in den Bus oder die Bahn einsteigen, darf für die Menschen vor allem kein nennenswerter Zeitverlust entstehen. Die Erreichbarkeit aller Oberzentren untereinander mit dem Nahverkehr und Bahn muss in der gleichen Fahrzeit möglich sein, wie mit dem Auto. Auch Fernreisen beginnen vor der Haustür. Zwei von Drei Fernverkehrsreisenden der Bahn kommen aus dem ländlichen Raum. Gute Anbindung des ÖPNV an die Fernverkehrsstrecken erhöht die Attraktivität beider Verkehrsmittel. Auch das Umsteigen auf das Fahrrad muss vereinfacht werden. Dazu gehören sowohl ausreichende Mitnahmekapazitäten in allen Bus- und Bahnverbindungen, wie auch der Lückenschluss in den Radwegenetzen.

Deutschland hat in den letzten Jahren Trends verschlafen – Autos mit alternativen Antrieben; Elektrizität und Wasserstoff, aus überschüssigen erneuerbaren Energien mittels power-to-gas hergestellt, sehen wir als die Alternativen zu fossilen Brennstoffen an.

Für nachhaltige, klimafreundliche und soziale Fortbewegung in M-V fordern wir:

- Einen Integraler Taktfahrplan für ganz Mecklenburg-Vorpommern.
- Die Ertüchtigung von Haltestellen und Bahnstrecken.
- Eine Landesmobilitätsstrategie die darauf abzielt mehr Menschen für den ÖPNV zu gewinnen und so den Kostendeckungsgrad zu erhöhen.

- Zügige Lückenschlüsse im Radwegenetz.
- Eine Verdreifachung der Landesmittel für Rad- und Fußverkehr Kostenlose Fahrradmitnahme in Bussen und Bahnen.
- Ein verbindliches Konzept zur Unterstützung von Carsharing und Elektromobilität als ergänzende Maßnahmen zum ÖPNV Angebot.
- Im Straßenbau den Schwerpunkt auf Bestandserhalt und Erhöhung der Verkehrssicherheit zu legen.
- Die Umstellung der Fuhrparks der kommunalen und landeseigenen Institutionen auf regenerative Antriebe bis 2030 und die Schaffung der entsprechenden Infrastruktur für eMobility.

Klimaschutz ist Umweltschutz

Die industrielle Landwirtschaft trägt weltweit massiv zur Freisetzung von Treibgasemissionen bei. Gleichzeitig stellen die Folgen große Herausforderungen für die Landwirt_innen, auch in Mecklenburg-Vorpommern, dar. Die Landwirtschaft muss auch weiterhin vorrangig der Lebensmittelproduktion dienen. Sie darf nicht als Kompensation von Emissionen aus anderen Wirtschaftssektoren herhalten. Die Klimawirkung des Bodens ist enorm: Auf globaler Ebene bindet allein schon der Humusanteil des Bodens mit etwa 1.500 Milliarden Tonnen fast dreimal mehr Kohlenstoff als die gesamte lebende Biomasse, also alle Lebewesen inklusive Bäumen, Sträuchern und Gräsern.

Doch Bodendegradation (Verschlechterung) und Bodenversiegelung zerstören diese positive Kraft: Schon 2020 wäre nach jetzigen Trends die Grenze erreicht, bei der die globale Landnutzung noch ökologisch tragfähig ist¹.

Auch die Tierhaltung hat größere klimatische Auswirkungen als vielen bewusst ist. Die industrielle Tierhaltung ist innerhalb der Landwirtschaft der größte Verursacher von klimaschädlichen Prozessen.² Wenn Milch, Eier und Fleisch in industriellen Tierhaltungsanlagen produziert werden, wo ein erheblicher Teil des Tierfutters aus importierten Soja besteht, hat das negative Klimawirkungen: tropische Wälder werden abgeholzt, grüne Weiden werden zu Sojaäckern, der Transport des Sojaschrots von Süd-Amerika in unsere Seehäfen verursacht umweltschädliche Abgase und gefährdet die Meeresumwelt. Weil unsere landwirtschaftliche Überproduktion inzwischen die Grundlagen unserer Ernährung akut gefährdet, fordern wir eine grüne Agrarwende, mit einer klimaneutralen Landwirtschaft.

Ein Großteil der Agrarbeihilfen hat immer noch keinerlei positive Lenkungswirkung auf den Klimaschutz, da die Subventionszahlungen nicht an wirksame Bedingungen bezüglich einer klimafreundlichen Bewirtschaftung geknüpft sind. Klimaschädlichen Anbau- und Produktionsmethoden sowie Handelsströme erhalten durch die Pauschalförderung und das fehlende Verursacherprinzip bzgl. der Kosten der Klimaschäden einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der kostenintensiveren klimafreundlichen Wirtschaft. Wir Grünen fordern diese klimaschädigende Agrarförderung zu beenden. Dafür muss die Halbzeitbewertung der EU-Fördergelder im Agrarbereich für einen Paradigmenwechsel genutzt und eine ökologische Ausgestaltung der kommenden Förderperiode vorbereitet werden.

¹ Bodenatlas, Mai 2015 Heinrich-Böll-Stiftung, Institute for Advanced Sustainability Studies, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland und Le Monde diplomatique.

² Wege aus der Hungerkrise: Die Erkenntnisse und Folgen des Weltagrarberichts: Vorschläge für eine Landwirtschaft von morgen (Dezember 2013)

181 Neben den CO₂ Emissionen werden in der Landwirtschaft weitere giftige und klimaschädliche
182 Stoffe freigesetzt. Ammoniak, Nitrat, Nitrit und Distickstoffmonoxid (Lachgas), allesamt
183 Stickstoffverbindungen, haben eine bis zu 300fach stärkere schädigende Wirkung auf das
184 Weltklima. Der Stickstoffbindung im Boden kommt daher eine zentrale Rolle im Klimaschutz zu.
185 Mit der Verbesserung der Humusgehalte und dem Erhalt, bzw. der Wiedervernässung der Moore
186 im Land, kann Mecklenburg-Vorpommern hier einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.
187 Für einen substanziellen Beitrag zum Klima- und damit Umweltschutz fordern wir:

- 188
- 189 - Eine stärkere Berücksichtigung von Klima- und Umweltschutzbelangen in allen
190 Politikbereichen. Dafür ist die entsprechende Sachkompetenz in allen Ressorts der
191 öffentlichen Verwaltung notwendig, wie auch die funktionierende Zusammenarbeit
192 zwischen Fach- und Umweltschutzressorts.
- 193 - Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und Aufgreifen des Themas in der Schule.
- 194 - Die Ausrichtung der Landesforschung auf bodenverbessernde, ökologische
195 Anbaumethoden.
- 196 - Den Schutz ungenutzter Wälder und die verstärkte Fortführung des Waldumbaus hin zu
197 einer hohen Artenvielfalt, z.B. nach den Leitlinien der Dauerwaldbewirtschaftung.
- 198 - Den Erhalt von Salzgrasländern als Schutz für die erosionsbedrohten Flachküsten der
199 Boddenlandschaft.
- 200 - Eine an die natürlichen Grundlagen der Landwirtschaft angepasste Tierhaltung, die
201 mittelfristig ohne Sojaimporte auskommt.

202

203 Eine klimaneutrale Welt ist kein kurzfristig erreichbares Ziel. Die Auswirkungen unserer
204 Entscheidungen von heute werden wir erst in Jahrzehnten sehen. Genau deshalb ist es an uns für
205 zukünftige Generationen gute Ausgangsbedingungen zu schaffen und nicht nach dem „Nach mir
206 die Sintflut“ Prinzip zu handeln. Wir stellen uns dieser Verantwortung und arbeiten im Großen
207 und Kleinen daran in allen Bereichen der Gesellschaft Verständnis für die Bedeutung des
208 Klimaschutzes zu entwickeln und entsprechend zu handeln.